

Besondere vertragliche Bedingungen

Vertragsinhalt

- § 1 Rangfolge der Bestimmungen**
- § 2 Vertragsgegenstand**
- § 3 Allgemeine Pflichten des Auftragnehmers**
- § 4 Allgemeine Pflichten des Auftraggebers**
- § 5 Leistungsumfang**
- § 6 Entgelte**
- § 7 Zahlung/Rechnungslegung**
- § 8 Entgeltanpassung**
- § 9 Haftung**
- § 10 Vertragsdauer/Leistungsdauer**
- § 11 Außerordentliche Kündigung**
- § 12 Folgen der Vertragsbeendigung**
- § 13 Informationspflicht**
- § 14 Salvatorische Klausel**
- § 15 Schlussbestimmung**

Die Ausschreibung erfolgt gemäß der Satzung über die Vergabe von Aufträgen der Stadt Schmallenberg unterhalb der Schwellenwerte gemäß § 106 GWB sowie der VOL/B, die damit Bestandteil dieses Vertrages werden.

§ 1

Rangfolge der Bestimmungen

Art und Umfang der beiderseitigen Leistungen werden durch diesen Vertrag bestimmt. Für den Vertrag gelten folgende Regelungen mit der Maßgabe, dass bei eventuellen Widersprüchen oder Unklarheiten die in der Aufzählung vorangehende Regelung Vorrang hat:

- Die besonderen vertraglichen Bedingungen
- Das vom Auftragnehmer vorgelegte Angebot
- Die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der aktuellen Fassung

§ 2

Vertragsgegenstand

- (1) Der Auftraggeber beauftragt den Auftragnehmer ab dem 01.01.2027 mit der Durchführung der Leistung gemäß der beiliegenden Leistungsbeschreibung sowie den Regelungen dieser besonderen vertraglichen Bedingungen.
- (2) Für die Durchführung dieser Aufgabe sind die Bestimmungen dieses Vertrages, die damit zusammenhängenden Gesetze, Richtlinien und Verordnungen der Europäischen Union, der Bundesrepublik Deutschland, des Landes Nordrhein-Westfalen sowie die Satzung der Stadt Schmallenberg über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen in der jeweils geltenden Fassung maßgebend.
- (3) Die vom Auftragnehmer zu erbringende Leistung unterliegt, soweit es sich um Dienstleistungen handelt, dem Werkvertragsrecht und ist als solche erfolgsbezogen.

§ 3

Allgemeine Pflichten des Auftragnehmers

- (1) Der Auftragnehmer erbringt seine Leistung in eigener Verantwortung. Er verpflichtet sich, die zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Leistungserbringung notwendigen technischen und organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen sowie die einschlägigen technischen, gesetzlichen und gleichrangigen Vorschriften einzuhalten. Er verpflichtet sich weiterhin, die für seine Tätigkeiten und genutzten Einrichtungen notwendigen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen bei den zuständigen Behörden einzuholen und über die gesamte Vertragslaufzeit aufrechtzuerhalten. Er hat stets für den einwandfreien und verkehrssicheren Zustand der eingesetzten Ausstattung, für die Ordnung in der Betriebsführung und die sachgerechte Ausführung der Leistung zu sorgen. Dem Auftragnehmer obliegt die Verkehrssicherungspflicht für alle im Zusammenhang mit der Leistungserbringung stehenden Tätigkeiten.
- (2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, Daten zur Sammelmengen zu erfassen und dem Auftraggeber mit der Rechnungslegung zur Verfügung zu stellen.

§ 4

Allgemeine Pflichten des Auftraggebers

- (1) Der Auftraggeber verpflichtet sich zur Zahlung der Entgelte gemäß § 6.
- (2) Der Auftraggeber unterrichtet den Auftragnehmer rechtzeitig über ihm bekanntwerdende Umstände, sofern diese für die Leistungserbringung im Rahmen dieses Vertrages von Bedeutung sein könnten.
- (3) Der Auftraggeber zeigt dem Auftragnehmer jede Änderung der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen in der Stadt Schmallenberg unverzüglich nach ihrem Beschluss an, soweit dies für die Leistungserbringung im Rahmen dieses Vertrages von Bedeutung ist.

§ 5

Leistungsumfang

- (1) Die vom Auftragnehmer durchzuführenden Leistungen richten sich nach der beigefügten Leistungsbeschreibung sowie den Regelungen dieses Vertrages.
- (2) Änderungen bei den vom Auftraggeber vorgegebenen Anlieferstellen gibt der Auftraggeber dem Auftragnehmer rechtzeitig vor dem Wirksamwerden bekannt. Soweit eine kurzfristige Änderung notwendig wird, wird im Einvernehmen zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer eine Lösung vereinbart. Entgeltanpassungen aus diesen Gründen bestimmen sich nach § 6 Abs. 1 i.V.m. § 8 Abs. 5 dieses Vertrages.

§ 6

Entgelte

- (1) Für sämtliche vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen und zu erfüllende Haupt- und Nebenpflichten aus diesem Vertrag erhält der Auftragnehmer vom Auftraggeber ein von der erbrachten Leistung abhängiges Entgelt gemäß dem Angebot des Auftragnehmers.
- (2) Die zu zahlenden Entgelte werden gemäß der Systematik der Angebotsanfrage abgerechnet.
- (3) Der Auftragnehmer hat bei der Kalkulation seiner Entgelte im Fall der Nutzung von Straßen die zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe gültigen bzw. zu diesem Zeitpunkt bekannten Gebührensätze gemäß Bundesfernstraßenmautgesetz (BFStrMG) zu berücksichtigen.
- (4) Alle Entgelte verstehen sich zuzüglich der jeweils geltenden Umsatzsteuer.

§ 7

Zahlung/Rechnungslegung

- (1) Der Auftragnehmer hat die Rechnung auf Grundlage der tatsächlich erbrachten Leistungen und für jede Einzelleistung zu stellen.
- (2) Die Rechnungen sind in elektronischer Form (XRechnung) vorzulegen. Die prüffähigen Rechnungen (inkl. Lieferschein) werden vom Auftraggeber innerhalb von 14 Tagen beglichen.
- (3) Einwände gegen die Richtigkeit der Rechnung berechtigen nicht zum Zahlungsaufschub oder zur Zahlungsverweigerung der unstrittigen Beträge.
- (4) Streitigkeiten über das zu zahlende Entgelt berechtigen nicht zur Einstellung der vertraglich zu erbringenden Leistung.

§ 8

Entgeltanpassung

- (1) Erstmals zum 01.01.2028 und zu jedem 01.01. der Folgejahre können die vereinbarten Entgelte gemäß der nachstehenden Entgeltanpassungsformel angepasst werden, sofern die Bedingungen des Abs. 2 Satz 1 bis 3 erfüllt sind.

$$\text{Entgelt}_{\text{neu}} = \text{Entgelt}_{\text{alt}} \times ((0,35 \times P_{\text{neu}}/P_{\text{alt}}) + (0,25 \times D_{\text{neu}}/D_{\text{alt}}) + (0,10 \times K_{\text{neu}}/K_{\text{alt}}) + 0,30)$$

Kurlegende*:

P = Personalkosten

D = Dieseldieselkraftstoff (Mineralölerzeugnisse)

K = Kraftwagen und Kraftwagenteile

***Einzelheiten zu den Kostengruppen sind im folgenden Abs. 2 ausführlich erläutert.**

- (2) Grundlage für die Anpassung der Entgelte nach Abs. 1 ist die prozentuale Differenz zwischen dem durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst für das zweite Quartal (Kostengruppe P) bzw. den Indizes von Juni (Kostengruppe D und K) des laufenden Jahres („neu“) und dem durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst für das zweite Quartal (Kostengruppe P) bzw. den Indizes von Juni (Kostengruppe D und K) des Jahres, in dem die letzte Entgeltanpassung vertragsgemäß beantragt und durchgeführt wurde („alt“), bzw. bei der erstmaligen Entgeltanpassung mit den Werten für das zweite Quartal 2026 (Kostengruppe P) bzw. November 2026 (Kostengruppen D und K).

Eine Entgeltanpassung kann nur dann durchgeführt werden, sofern die Änderung seit der letzten Anpassung bzw. vor der ersten Anpassung (seit Vertragsschluss) ohne Aufrundung $\geq 2 \%$ beträgt. Die Anpassung des Entgeltes für das nächste Kalenderjahr ist beim Vertragspartner bis zum 30. September des laufenden Jahres (spätestens jedoch innerhalb von sieben Kalendertagen nach Erscheinen der notwendigen Werte der vorgenannten Kostengruppen) schriftlich mit prüffähigen Berechnungsgrundlagen geltend zu machen. Das neue Entgelt gilt ab Beginn des Kalenderjahres, das auf das Jahr der schriftlichen und fristgerechten Antragstellung der Entgeltänderung folgt.

Maßgebend für alle Veränderungen der Kostengruppe P ist der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer im Wirtschaftszweig E37 „Abwasserentsorgung“, gültig für Deutschland, veröffentlicht vom statistischen Bundesamt (WZ2008; WZ08-E37 Abwasserentsorgung). Ausgangsbasis für die erstmalige Entgeltanpassung ist der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst für das zweite Quartal 2026.

Maßgebend für alle Veränderungen der Kostengruppe D ist der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz), Gruppe Mineralölerzeugnisse, Dieselmotorkraftstoff, bei Abgabe an Großverbraucher, veröffentlicht vom Statistischen Bundesamt, derzeit Code GP19-1920260052. Ausgangsbasis für die erstmalige Entgeltanpassung ist die Indexzahl vom November 2026.

Maßgebend für alle Veränderungen der Kostengruppe K ist der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz), Gruppe Kraftwagen und Kraftwagenteile, Lastkraftwagen mit Selbstzündung, veröffentlicht vom Statistischen Bundesamt, derzeit Code GP19-291041. Ausgangsbasis für die erstmalige Entgeltanpassung ist die Indexzahl vom November 2026.

Bei der Ermittlung des neuen Einzelentgeltes anhand der Entgeltanpassungsformel gelten die kaufmännischen Rundungsregeln. Die neuen Entgelte sind centgenau (d.h. auf zwei Nachkommastellen) zu ermitteln. Bei Zwischenergebnissen wird nicht gerundet.

- (3) Der Auftraggeber geht davon aus, dass die Entgeltanpassungsformel nach Abs. 1 genehmigungsfrei ist.
- (4) Sollten nach Vertragsabschluss gesetzliche Vorschriften eingeführt, abgeschafft oder geändert werden, welche die Leistungen dieses Vertrages zum Gegenstand haben, kann jeder Vertragspartner Verhandlungen über eine angemessene Anpassung der festgelegten Entgelte verlangen. Mit dem Verlangen hat der die Entgeltanpassung verlangende Vertragspartner darzulegen, zu welchen Mehrkosten oder Kosteneinsparungen die Rechtsänderung bei der Leistung nach diesem Vertrag führen. Die Einführung, Änderung oder Abschaffung von Steuern von Einkommen oder Ertrag, wie z.B. Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag und Gewerbeertragssteuer sowie die CO₂-Steuer auf Kraftstoffe gem. BEHG, berechtigen jeweils zu keiner Entgeltanpassung. Ebenso berechtigt die Straßenmaut nach BFStrMG zu keiner Entgeltanpassung.
- (5) Die Kalkulation des Auftragnehmers wird Anlage zu diesem Vertrag. Sie bildet die Kalkulationsbasis bei künftigen Leistungsänderungen, um das bei Vertragsabschluss vereinbarte Verhältnis von Leistung und Gegenleistung wiederherzustellen. Widersprüche innerhalb der Kalkulation gehen zu Lasten des Auftragnehmers.
- (6) Bei einer Entgeltanpassung gem. Abs. 4 und 5 sind die Vorschriften über Preise bei öffentlichen Aufträgen zu beachten.

§ 9

Haftung

- (1) Der Auftragnehmer haftet für alle Schäden im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen, die im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrages stehen und stellt den Auftraggeber von Ansprüchen Dritter, einschließlich etwaiger Prozess- und Anwaltskosten, frei.
- (2) Der Auftraggeber ist über Schäden, die im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrages stehen, unverzüglich in Kenntnis zu setzen.
- (3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die zur Abdeckung seiner vertraglichen und gesetzlichen Haftung eine Betriebs -und Umwelthaftpflichtversicherung in Höhe von mindestens 2,5 Mio € abzuschließen, mit Angebotsabgabe nachzuweisen und über die Vertragslaufzeit aufrechtzuerhalten.
- (4) Der Auftragnehmer haftet nicht für höhere Gewalt.

§ 10

Vertragsdauer/Leistungsdauer

- (1) Der Vertrag tritt mit der Zuschlagserteilung in Kraft und endet mit Ablauf des 31.12.2031. Der Vertrag verlängert sich einmalig um zwei Jahre (bis zum 31.12.2033), wenn er nicht spätestens ein Jahr vor dem Vertragsende durch den Auftraggeber schriftlich gekündigt wird (Verlängerungsoption).
- (2) Die Verpflichtung des Auftragnehmers zur Leistungserbringung nach Maßgabe dieses Vertrages, inklusive aller damit verbundenen weiteren Leistungen, beginnt am 01.01.2027 und endet bei Vertragsende.
- (3) Das Recht zur Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

§ 11

Außerordentliche Kündigung

- (1) Der Auftraggeber ist zur außerordentlichen fristlosen Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund berechtigt. Als wichtiger Grund gilt insbesondere, wenn
 - a. Der Auftragnehmer die Leistungen ganz oder teilweise einstellt und der Auftraggeber erfolglos eine angemessene Frist zur Erfüllung gesetzt hat,
 - b. Der Auftragnehmer sonstige wesentliche Verpflichtungen aus diesem Vertrag nicht erfüllt und den vertragswidrigen Zustand nicht innerhalb einer vom Auftraggeber gesetzten angemessenen Frist beendet,
 - c. Der Auftragnehmer den Insolvenzantrag stellt, über das Vermögen des Auftragnehmers das Insolvenzverfahren eröffnet oder Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse abgelehnt wird.

- (2) Die Kündigung muss innerhalb von drei Monaten, nachdem der Auftraggeber vom Eintritt des zur Kündigung berechtigten Ereignisses Kenntnis erhalten hat, schriftlich durch eingeschriebenen Brief erklärt werden. Für die Einhaltung der Frist ist der Zugang beim Empfänger maßgebend.
- (3) Wird der Vertrag aus Gründen außerordentlich gekündigt, die der Auftragnehmer zu vertreten hat, sind jegliche Ansprüche des Auftragnehmers gegen den Auftraggeber ausgeschlossen.
- (4) Hat der Auftragnehmer den Grund der außerordentlichen Kündigung zu vertreten, hat er die nachgewiesenen Mehrkosten sowie den vom Auftraggeber nachgewiesenen Schaden, der diesem durch die Kündigung entsteht, zu tragen. Dazu gehören auch die Kosten, die dem Auftraggeber durch eine erforderliche erneute Vergabe entstehen.
- (5) Sonstige gesetzliche oder vertragliche Ansprüche der Vertragspartner bleiben unberührt.

§ 12

Folgen der Vertragsbeendigung

Bei Beendigung dieses Vertrages – gleich aus welchem Grund- hat der Auftragnehmer alles Erforderliche und ihm Zumutbare zu unternehmen, damit dem Auftraggeber oder einem anderen Auftragnehmer die Übernahme der Leistungen in möglichst reibungsloser Form ermöglicht wird.

§ 13

Informationspflicht

Wird der Auftragnehmer mehrheitsanteilig oder ganz veräußert oder übertragen, so ist der Auftraggeber unter Angabe des geplanten neuen Eigentümers und des Übernahmezeitpunktes schriftlich, möglichst frühzeitig, darüber zu informieren.

§ 14

Salvatorische Klausel

- (1) Sollten sich einzelne Bestimmungen dieses Vertrages und/oder der im Vertrag in Bezug genommenen Unterlagen als unwirksam oder undurchführbar erweisen, so wird dadurch die Gültigkeit der übrigen Regelungen dieses Vertrages nicht berührt. Die Vertragspartner werden in diesem Fall die ungültigen Bestimmungen durch Neuregelungen ersetzen, die dem gewollten Zweck entsprechen und von Beginn der Unwirksamkeit an gelten.
- (2) Sollte in diesem Vertrag ein regelungsbedürftiger Punkt versehentlich nicht geregelt worden sein, werden die Vertragspartner die so entstandene Lücke im Sinne und Geiste dieses Vertrages Schließen.

§ 15
Schlussbestimmungen

- (1) Änderungen, Ergänzungen sowie die Aufhebung dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Auch die Aufhebung des Schriftformerfordernisses bedarf der Schriftform. Mündliche Nebenabreden sind nicht bindend.
- (2) Die Vertragspartner sind sich darüber einig, dass für ihre Zusammenarbeit die Grundsätze kaufmännischer Loyalität gelten. Sie werden insbesondere Handlungen unterlassen, die das Erreichen des Vertragszweckes, gleich in welcher Form, gefährden. Sie sichern sich gegenseitig zu, den Vertrag in diesem Sinne auszufüllen und dabei sowie bei eventuell künftigen Änderungen der Verhältnisse den allgemeinen Grundsätzen von Treu und Glauben Rechnung zu tragen.
- (3) Gerichtsstand für alle Streitigkeiten über die Gültigkeit des zustande gekommenen Vertrags und aus dem Vertragsverhältnis ist ausschließlich das für den Sitz des Auftraggebers zuständige Gericht.